

Diskurs

Diskussionsforum und Newsletter

Herausgegeben von Ulrike Trebesius und Jörn Kruse

Ausgabe D7	5. Mai 2021
-------------------	--------------------

D7-1	Think I of England at night... Brexit und die Selbstbestimmtheit der Völker (Stephanie von Wellinghoff)	2
D7-2	Liberal versus Grün (Ulrike Trebesius)	4
D7-3	Horrorvision eines Datenschützers. Die Politik lässt lieber Menschen und berufliche Existenzen sterben als den Datenschutz einzuschränken (George Orwell jun.)	6
D7-4	Partei oder Kanzler-Wahlverein? Zur Laschet-Söder-Konkurrenz (Jörn Kruse)	7
D7-5	Warum ist das Vertrauen in die Parteien so gering ? (Jörn Kruse)	11

Jeder kann „Diskurs“ weiterleiten. Das ist erwünscht. Jeder kann sich auf den Email-Verteiler für die künftigen Ausgaben setzen lassen:

diskurshamburg@gmail.com.

Natürlich kann man sich jederzeit davon streichen lassen.

Die Webseite von DISKURS

<https://diskurs-hamburg.de/>

ist online erreichbar und kann kommentiert werden,.

D7-1

Think I of England at night...
Brexit und die Selbstbestimmtheit der Völker
Stephanie von Wellinghoff

Dies ist eine sehr persönliche Geschichte. Sie handelt von meinen ganz direkten Erleben von dem Prozess, der gemeinhin als „Brexit“ bezeichnet wird, aber einen viel breiteren, ganzheitlichen Lossagungsprozess des Vereinigten Königreichs von Europa bedeutet. Dass der Brexit-Prozess auch mit meinem eigenen, persönlichen Lossagen von privaten Bindungen nach England einhergeht, steht auf einem anderen Blatt und soll hier keine Rolle spielen.

Am Tag des Brexit-Referendums war ich in Singapur und besuchte dort eine Fachtagung. Ich war überrascht, mit welchem großen Interesse die Teilnehmer der Tagung im Liveticker das Eintrudeln der Ergebnisse verfolgten. In mir wurde es heiß und kalt, als das Ergebnis klarer und klarer wurde. Mit einem Pro-Brexit Votum hatten die wenigsten gerechnet. Ist das jetzt das Ergebnis, mit dem ich heimlich gerechnet hatte? Oder bedeutet es, wie von vielen beschworen, das Ende des Abendlandes?

Ich habe mein halbes Leben jeweils in Deutschland und in England verbracht, und müsste somit auf den ersten Blick Schmerzen empfinden beim Auseinanderbrechen einer Allianz beider Länder. Und dennoch empfinde ich in gewisser Weise den Brexit als ein reinigendes Gewitter: als einen richtigen Schritt der Selbstbehauptung entgegen dem Integrierungswahn. Das Vereinigte Königreich ist, und das ist das Schöne, immer herrlich *unangepasst*. Das lässt sich bereits an der Kleidung und dem Aussehen der Menschen ablesen; es zeigt sich aber etwa auch in der herrlichen Skurrilität vieler meiner britischen Landsleute. Zugleich aber ist man wirtschaftlich erfolgreich und weiß es, politische Risiken und wirtschaftliche Erfolgsaussichten nüchtern abzuschätzen. Diese Kombination von individueller Furchtlosigkeit, „anders“ zu sein, gepaart mit ökonomischem Sachverstand, führt zu einer nüchternen und vorurteilsfreien Beurteilung des europäischen Einigungsprozess, der in Deutschland aus politischer Korrektheit und Scham vor der eigenen Vergangenheit gar nicht zulässig ist. Es geht, schlicht gesagt, um die simple Frage, ob uns die Europäische Union in ihrer politischen Verfasstheit wirklich die Vorteile bringt, die ihr immer zugeschrieben werden.

Wer, wenn nicht die Engländer, sollen dann den Mut aufbringen, der EU den Spiegel vorzuhalten? Wer sonst soll ausrufen, dass der Kaiser nackt ist? Deutschland wird es mit Sicherheit nicht tun, zu sehr ist man aus historischer „Verantwortung“ gehemmt, die Sinnhaftigkeit der Aufgabe nationaler Souveränität in Frage zu stellen. Frankreich auch nicht: in Paris verfolgt man das Ziel, Europa den eigenen Stempel aufzudrücken und sieht in der Union ein Instrument, die deutsche Vormachtstellung zu zähmen. Die kleineren und insbesondere osteuropäischen Mitgliedstaaten sind wirtschaftlich von der EU abhängig. Nein, es bleibt nur der freie Geist eines stolzen, unabhängigen Landes, das den Mund aufmacht.

Immer wieder werde ich gefragt, ob man nicht anstatt sie zu verlassen die EU hätte *reformieren* sollen. Das ist sicherlich im Ansatz richtig: ein konstruktives Mitarbeiten ist immer ergebnisorientierter; *exit* ist einseitiger als *voice*. Die Europäische Union ist aber mittlerweile so dramatisch verkrustet, der Zentralisierungsprozess und der Weg zur Haftungsunion sind so unumkehrbar geworden, dass jegliche Reformbemühungen erfolglos anmuten müssen. Es verhält sich wie bei den großen amerikanischen Internetkonzernen: wo Regulierung nicht mehr weiterführt, hilft nur noch das Aufbrechen.

Es gehört zu den bemerkenswerten Umständen dieser Zeit, dass die britische Bevölkerung diese Lage richtig eingeschätzt hat und auch nicht auf den letzten Metern Angst vor der eigenen Courage bekommen hat. Was habe ich als deutsch-britische Journalistin in den letzten Jahren in meinen Gesprächen für vielfältige Befürchtungen vorgetragen bekommen, was für Sorgen, Ängste und irrationale Projektionen! Von allen Seiten drangen sie durch, die von einigen Eliten sorgfältig gestreuten Fakten, es werde zu einem wirtschaftlichen Chaos kommen, Großbritannien werde abgehängt und werde in der Welt keine Rolle mehr spielen.

Das Gegenteil ist der Fall: wie es auch den Brexit-Skeptikern langsam dämmert, ist der Abschied von der Europäischen Union gerade dabei, zur Erfolgsgeschichte zu werden. Davon zeugt nicht zuletzt der britische Impferfolg gegen die Corona-Pandemie, der, befreit von den lähmenden Fesseln der EU-Bürokratie, viel schneller, flexibler und erfolgreicher gestaltet wurde als in den EU-27. Erste neue Handelsverträge mit Drittstaaten werden geschlossen, Althergebrachtes wird hinterfragt, und frischer Wind mit marktliberalem Gedankengut hält Einzug in die Gesetzgebung. Die wirtschaftlichen Aussichten sind gut: Großbritanniens Wirtschaft ist in den letzten Jahren schneller gewachsen als beispielsweise die Deutschlands. Das Vereinigte Königreich profitiert von der Tatsache, dass es die Heimat der Weltsprache und damit attraktiv für qualifizierte Immigranten ist. Zudem besitzt Großbritannien Universitäten von Weltruf und herausragende Privatschulen. London hat eine sehr lebhaftes Start-up-Szene. In Verbindung mit einfachen Regeln für Firmengründungen, weniger Bürokratie und wettbewerbsfähigen Steuersätzen kann der Brexit zu einem wirtschaftlichen Befreiungsschlag werden. Auch demokratisch steht man selbstbewusster da, kann doch nunmehr mit Fug und Recht sagen, durch einen per Referendum gebilligten Prozess die ungewählten EU-Beamten abgestreift zu haben. Vor allem aber: dieses Land hat seine Würde wiederbekommen. Es hat es gewagt, dem Brüsseler Bürokratiemonster die Stirn zu bieten und in eine selbstbestimmte Zukunft zu treten.

Als ich einmal in einem Londoner Kaufhaus auf der Rolltreppe stand, wurde ich ungewollt Zeuge eines Gesprächs zwischen zwei Geschäftsleuten, die hinter mir standen und sich über die Sinnhaftigkeit einer Europäischen Union mit Ländern wie Rumänien, Litauen und Kroatien unterhielten. „Look at the dynamic countries of East Asia“, sagte einer der beiden. „It’s those countries that we should partner with“.

Wenn es noch eines letzten Beweises für die Unfähigkeit der Brüsseler Bürokratie bedurft hätte, die Zeichen der Zeit zu erkennen, dann war es der regelrecht verblendete, harte Verhandlungsprozess über das Brexit-Abkommen. Allen Seiten war klar, dass ein Brexit ohne Abkommen in niemandes Interesse lag; zu eng waren und sind die wirtschaftlichen Interessen infolge der jahrzehntelangen Wirtschaftsintegration miteinander verwoben. Allen Seiten war ebenfalls klar, dass die Zweijahresfrist für das Ausscheiden bedeutete, dass das Vereinigte Königreich formal in der schwächeren Position war: die Zeit spielte gegen die britische Seite; die Uhr tickte. Mit welcher eiskalten Härte die EU diese Position jedoch ausnutzte, hat mich schockiert. Michel Barnier und sein Stab haben die Verhandlungen so dermaßen gegen die Wand fahren lassen, es zu einer solchen Demütigung der Briten kommen lassen, dass ich mich für Europa regelrecht schäme. So kann man nicht mit einem der größten EU-Mitgliedsländer voll stolzer Tradition umgehen, dass einen maßgeblichen Beitrag zur europäischen Einigung und wirtschaftlichen Festigung der letzten Jahrzehnte geleistet hat! So kann man nicht den demokratischen Willen der überwiegenden Mehrheit der britischen Bevölkerung komplett ignorieren! So kann man nicht „verhandeln“ und dabei alle angeblichen europäischen Werte von Fairness und Gleichberechtigung verraten. Ich habe viele Freunde in London, die ursprünglich *für* einen Verbleib in der EU eingetreten sind und beim Referendum auch noch gegen den Austritt votiert haben. Im Angesicht der dann folgenden mutwilligen Erniedrigung ihres Landes durch die Brüsseler Verhandlungsführer, im Antlitz dieser hässlichen Brüsseler Fratze, haben sich jedoch viele mit

Grauen abgewendet. So hörte man gegen Ende der Verhandlungsphase auch in traditionell europafreundlichen Lagern immer stärker den Wunsch: nichts wie raus hier.

D7-2

Liberal versus Grün

Ulrike Trebesius

Kürzlich saß ich mit ein paar jungen Leuten zum Essen zusammen und wir plauderten über dies und das. Wir besprachen die üblichen Themen: Feinstaubbelastung, vegetarische Ernährung, Klimaschutz, Lichtverschmutzung, Lärmbelastung....

Natürlich ist der E-Scooter cool - aber woher er seinen Strom bezieht, war offenbar unklar. Da er „Elektro“ ist, wurde er automatisch als sauber wahrgenommen. Wir diskutierten weiter über die Autos, die die jungen Menschen fahren, ihre Motorräder, ihr Internet - und Streamingverhalten. Wo und wie sie gern shoppen. Kaum einer reflektierte, dass er oder sie wegen des Klimaschutzes gesellschaftliche Veränderungen von anderen fordern, ohne sich dabei jedoch selbst einschränken zu wollen. Ja, eigentlich war allen unklar, was genau ohne Strom nicht mehr möglich ist. Es war ein wenig wie bei Kurt Tucholsky's wunderbarer Beschreibung des perfekten Urlaubsortes: sie möchten umweltbewusst sein und trotzdem immer das neueste Smartphone inklusive WLAN, die neusten Sneakers und preiswerte Kleidung von Zara zugleich. Kinderarbeit in Bangladesh hin oder her. Sie verzichten auf Fleisch und essen stattdessen exotische Früchte und Chiasamen, die wir von weit her importieren müssen. Sie fahren in Hamburg eAutos und fliegen in den Urlaub nach Bali oder New York. Sie wollen mitten in der Innenstadt wohnen und gleichzeitig den Sternenhimmel betrachten können, ohne dass das lästige Licht der Stadt sie dabei stört. Ich habe nicht nachgefragt, gehe aber auf Grund von Andeutungen davon aus, dass die meisten im September die Grünen wählen werden. Einfach, weil es sich so gut anfühlt und irgendwie das Richtige ist.

Übrigens hatte ich auch einen Austausch mit einigen anderen Menschen, heute gern als alte weiße Männer bezeichnet, ob es nicht sinnvoll wäre, der grünen Ideologie eine liberale Utopie entgegenzustellen. Das wies man natürlich ganz weit von sich, verwies darauf, dass genau darin ja das Liberale bestünde, jeden nach seiner Façon glücklich werden zu lassen ohne dies einzuingen, indem man es durch Beispiele oder entsprechende Lebensentwürfe untermauere.

Und möglicherweise liegt nicht zuletzt darin das Scheitern der liberalen und konservativen Kräfte in unserem Land begründet: Sie wollen sich über die Vorzüge eines selbstbestimmten freiheitlichen Lebens nicht äußern, weil das aus ihrer Perspektive nicht notwendig ist, ja oft unter ihrem intellektuellen Niveau. Sie hantieren dann mit ihrer humanistischen Bildung, beziehen sich auf Friedrich II oder Smith oder Hayek, Kant oder Hegel. Dabei habe ich den Eindruck, dass wir genau das machen müssen: ganz klar sagen, wofür Liberalismus oder Konservatismus eigentlich stehen und was das genau für den Einzelnen bedeutet. Denn viele junge Menschen kennen das grüne Weltbild ganz genau. Lesen in allen Medien darüber, adaptieren es bereitwillig in ihr Welt- und Wertesystem, hinterfragen wenig und haben kein alternatives Weltbild zur Auswahl, das dem entgegensteht. Besonders nicht, weil ihnen dieses immer weniger an den Schulen und an den Universitäten ausreichend vermittelt wird, von Lehrern, Dozenten und Professoren, die selbst nur bedingt mit der Realität in Kontakt sind und oft selbst links oder grün wählen.

Selbst die FDP mit Herrn Lindner schlägt neuerdings ein CO₂-Limit vor, welches die Bürger verbrauchen dürfen. Und jeder, der daran einen Anteil haben möchte, für Fliegen, Verbrennungsmotor, Energie oder Fleisch, der müsse sich seinen Anteil an diesem Budget kaufen. Selbst dem Parteivorsitzenden der Liberalen müsste also der Unterschied zwischen freiem Markt und Planwirtschaft erklärt werden. Wobei wir hier – mit Verlaub – wohl eher den mittlerweile dafür gebräuchlichen Begriff der Zeitgeist-Hure verwenden könnten. Und nicht zuletzt strahlt die attraktive, fröhliche Annalena Baerbock eine zuversichtliche Jugendlichkeit aus, die sowohl Armin Laschet als auch Markus Söder selbst bei netterer Kameraführung nicht hinbekommen, so sehr sich auch der Franke von der CSU den Grünen andienen mag.

Und genau deshalb sollten wir wohl doch darüber sprechen, wie denn die freiheitliche Gesellschaft in 20 Jahren aussehen soll, welches die Vorteile sind für den einzelnen Menschen und für die Gesellschaft insgesamt. Denn bei allem Schutz des Klimas wollen die jungen Menschen reisen, und zwar individuell. Sie wollen Familien gründen, Kinder haben, Einfamilienhäuser bewohnen und Gärten pflegen, beruflichen Erfolg haben. Sie wollen einzigartig sein und doch wie die anderen. Diese individuellen Wünsche werden mit den Grünen allerdings nicht mehr möglich sein.

Natürlich wollen wir niemanden auf Grund seines Geschlechtes oder seiner sexuellen Neigung diskriminieren, aber müssen wir deshalb unsere gesamte Sprache ändern, damit sich auch nicht die kleinste Opfergruppe diskriminiert fühlt? Natürlich wollen wir unsere Umwelt schützen, doch ist es wirklich sinnvoll, die gesamte Wirtschaft unseres Landes grundlegend zu beschädigen, die Industrie nach China vertreiben, unsere Stromkosten in astronomische Höhen zu treiben, ohne dass das Klima davon auch nur ein halbes Grad wärmer oder kälter wird? Wäre es nicht sinnvoller zu überlegen, wie wir uns anpassen können in einer sich veränderten Welt?

Und ist es nicht deutscher Größenwahn, tatsächlich das Klima beeinflussen zu wollen, schaffen wir es doch nicht einmal, ausreichend Impfstoff zu beschaffen oder eine Corona-Warn-App zu programmieren, die dann auch tatsächlich funktioniert und benutzt wird. Von Berliner Flughäfen soll hier gar nicht erst die Rede sein: die brauchen wir mit der Bundeskanzlerin Annalena ohnehin nicht mehr.

Mittlerweile werden die Inhalte der Grünen einfach ungefragt in die Programme aller Parteien aufgenommen, denn man will ja progressiv sein, modern, moralisch. Ohne einen Gegenentwurf bekommen diese Ideen eine erschreckende Allgemeingültigkeit, die sich in unser aller Leben einschleichen. So haben Städte wie Köln, Hannover und weitere beschlossen, dass zukünftig in allen öffentlichen und behördlichen Schreiben zu gendern ist. Wir bauen immer mehr Windparks insbesondere in Norddeutschland, oft ohne die Nachteile in Frage zu stellen. Dabei gibt es Klimaforscher, die den nachteiligen Einfluss der Windkraftanlagen auf das Mikro-Klima belegen, geschredderte Vögel und tote Insekten inklusive.

Wer in das Wahlprogramm der Grünen schaut, dem muss angst und bange werden, zumindest wenn er Steuern zahlt, Eigentum besitzt, Unternehmer ist oder einfach nur ein selbstbestimmtes Leben führen möchte. Schon jetzt sehen viele in den extremen staatlichen Eingriffen während der Corona-Krise Blaupausen für einen Klima-Notstand, welcher wiederum durch die gerade getroffene Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes hinsichtlich des Klimaschutzes möglich gemacht wurde.

Während ich mit den jungen Leuten also plauderte, wurde mir klar, dass ihnen nicht bewusst zu sein scheint, welche weitreichende Folgen eine grün-dominierte Politik oder gar Bundesregierung auf ihr Leben haben wird. Sie überdenken nicht einmal, dass ihr E-Scooter wahrscheinlich mit Braunkohle betrieben wird und nicht mit Solarenergie. Und dass sie für ihre gelieferte Pizza mehr Müll in Kauf genommen haben, als wenn wir sie konservativ selbst gemacht hätten. Wir müssen sie auf diese Denkfehler zwischen ihren hohen moralischen Anforderungen an

andere und ihrem eigenen Lifestyle hinweisen. Und um unserem Land langfristig planwirtschaftliche und illiberale Politik zu ersparen, sollten wir über unseren Schatten springen und einen freiheitlichen Lebensentwurf formulieren. Für die Kids – und für uns. Ansonsten gilt: Mitgehangen – mitgefangen.

D7-3

Horrorvision eines Datenschützers

Die Politik lässt lieber Menschen und berufliche Existenzen sterben als den Datenschutz einzuschränken

George Orwell jun.[#]

Ich habe einen bösen Traum gehabt: Da musste jeder Bürger am Eingang zu einem Supermarkt, einer Buchhandlung etc. (Restaurants sind ja ohnehin schon lange zu – viele wohl für immer), beim Einsteigen in einen Zug, Bus etc. sein Handy an einen Scanner halten. Von da wurden meine kostbaren Daten dann an einen staatlichen Server geschickt und dort gespeichert. Grauenhafte Vorstellung! Der Server hätte also -- wenn er Lust gehabt hätte -- ein Bewegungsbild von mir erstellen können. Wo bin ich wann gewesen? Wen habe ich getroffen? Heutzutage gibt es ja keine Mitmenschen mehr, sondern nur noch Virenschleudern.

Die Herren Spahn, Wieler und Tschenscher haben mir dann erklärt, es sei alles nur zu meinem Besten. Dadurch würden meine eventuellen Kontakte zu Infizierten blitzschnell festgestellt und ich zu einem PCR-Test gebeten werden. Durch die somit schnellen Reaktionszeiten könnte die Ausbreitung der Corona-Viren dramatisch reduziert werden, so dass die Pandemie in sich zusammenfällt.

Meinen Einwand, das Nachverfolgen könne man doch auch weiterhin per Fax machen, fanden die Herren nicht überzeugend, weil die Faxgeräte aus Altersschwäche häufig klemmen, die Gesundheitsämter dünn besetzt sind und am Wochenende ohnehin geschlossen. Sonntagsruhe ist tarifvertraglich geregelt.

Sie haben mir außerdem erklärt, dass meine wertvollen Daten „wo ich wann war“ ja nur auf dem Server lägen und im Normalfall (wenn keine Risikobegegnungen stattgefunden haben, also fast immer) nach einer bestimmten Zeit automatisch gelöscht werden. Das kann ja jeder sagen. Bestimmt gibt es Leute, die dafür bezahlen, um zu erfahren, in welchem EDEKA-Laden ich gestern wann eingekauft habe. Sie haben mir dann versichert, dass jeder Zugriff auf meine persönlichen Wann-wo-Daten im Kontaktfall einen richterlichen Beschluss erfordert. Ja, aber was ist, wenn der Richter gerade der Ehemann meiner außerehelichen Beziehung ist?

Dem Staat muss man immer mißtrauen. Die Datenschützer tun das ja auch, natürlich zu meinem Schutz. Anders ist das bei privaten Unternehmen wie Google, Facebook, Amazon und Co. Denen kann ich meine Daten ruhig geben oder -- noch besser -- gar nicht erst fragen, was sie damit machen. Dass die meine Daten auch verkaufen -- z.B. an McDonalds oder die chinesische Regierung -- ist halt normal im Kapitalismus. Shoshana Zuboff übertreibt in ihrem Buch „Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus“ bestimmt schamlos.

Meine Daten sind natürlich auch bei der NSA (National Security Agency) und der PHC (Putin's Hacker Combo). Das habe ich zwar auch nicht autorisiert, kann es aber ohnehin nicht verhindern. Bestehen kann ich aber darauf, dass der typisch-deutsche, gründliche Datenschutz

jederzeit erhalten bleibt -- statt diesen temporär zu suspendieren -- und nicht mein böser Traum Realität wird.

Bei meinem Alptraum funktioniert zwar die Corona-Nachverfolgung schnell, viele Menschenleben wären gerettet worden, man hätte nicht massenhaft Läden, Restaurants, Hotels, Tourismus-, Messe und Veranstaltungsbetriebe und die gesamte Kulturlandschaft plattmachen müssen. Aber meine Daten sind mir eben heilig. Intelligente Lösungen werden total überschätzt.

„George Orwell“ ist natürlich nicht mein richtiger Name. Aber seit der politikerhörige Verfassungsschutz den Tatbestand der "Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates" erfunden hat, weil ihm gewalttätige Islamisten, Links- und Rechtsradikale nicht mehr genügen, gerät man mit jeder Kritik an den Politikern in den Verdacht, man wolle die Gesellschaft spalten statt an der Schaffung des Guten, Wahren und Politischkorrekten mitzuwirken. Und wer will sich schon im Verhörraum des Hamburger Verfassungsschutzes am Hauptbahnhof wiederfinden.

D7-4

Partei oder Kanzler-Wahlverein ?

Zur Laschet-Söder-Konkurrenz

Jörn Kruse

Der Streit um die Kanzler-Kandidatur der Union ist heftig kritisiert worden -- und zwar sowohl innerhalb der CDU als auch in fast allen Medien. Einen derartigen Streit als solchen zu kritisieren, ist zunächst einmal ziemlich unverständlich, weil es sich beim Bundeskanzler um das bei weitem wichtigste und mächtigste politische Amt in Deutschland handelt, ein streitiger Wettbewerb um politische Ämter zu den Wesensmerkmalen einer funktionierenden Demokratie gehört und jeder Unions-Kandidat traditionell diesem Amt schon recht nahe kommt.

Mehrere Elemente sind aber diskussionsbedürftig. Dass im Konkurrenzkampf zwischen Armin Laschet und Markus Söder politisch-inhaltliche Argumente praktisch überhaupt keine Rolle gespielt haben, sagt nicht nur etwas über die beiden Kandidaten aus, sondern auch über die Union. Insbesondere von der CDU argwöhnt man ja schon seit Jahrzehnten, dass sie eigentlich gar keine Partei mit politischen Inhalten und Zielen sei, sondern nur ein Kanzlerwahlverein.

In einem Land, das nach 16 Jahren Merkel-Regierungen (davon 12 mit der abgewirtschafteten SPD) einen derartig großen Reformstau aufgebaut hat, liegen die Problemfelder, mit deren Thematisierung man punkten könnte (und müsste) dutzendweise auf der Hand. Jede nächste Regierung, gleichgültig von welchen Parteien sie getragen wird, müsste zunächst einmal mit einer Strategie und energischen Reformen den Schutt beiseite räumen, den eine Kanzlerin hinterlassen hat, die auf der Basis kurzfristiger Meinungsumfragen nur „auf Sicht fährt“ und die Zukunftsperspektiven Deutschlands und deren Erfordernisse völlig aus den Augen verloren hat.

Da Armin Laschet als Vorsitzender der bei weitem größeren Partei quasi in der Pole Position war, hätte Markus Söder deutlich machen müssen, wofür er steht und was ihn von Laschet unterscheidet. Selbst mit einem Satz wie „In Bayern werden die Bienen besser geschützt als in NRW. So sollte es in ganz Deutschland sein“ hätte er mindestens die Illusion erzeugt, es ginge auch um Inhalte. So sah jeder, dass es nur um Macht und persönliche Karriereinteressen ging. Kanzlerwahlverein eben. Nicht, dass die Deutschen das gewundert hätte.

Mit politischen Positionen, die inhaltlich von der anderen Unionspartei abweichen, hatte früher die CSU auch nie ein Problem. Schon bei ehemaligen CSU-Chefs wie Strauss und anderen war

das nie ein Hindernis. Der „Bayernplan“ der CSU zur Bundestagswahl 2017 war eine bewusste Abgrenzung zur „Schwester“-partei. Der inhaltliche Streit über die Merkel'sche Grenzöffnung von 2015 und danach wurde vom damaligen CSU-Vorsitzenden und Bundesinnenminister Horst Seehofer 2018 so weit eskaliert, dass eine Spaltung der Fraktionsgemeinschaft „befürchtet“ wurde. Von Markus Söder wurden jetzt dagegen alle inhaltlichen Differenzen unter den Teppich gekehrt, weil er der Meinung war, dass er in der Merkel-Gefolgschaft seine Ego-Ziele am besten verfolgen kann. Kanzlerwahlverein eben.

Wohlgemerkt, inhaltliche Differenzen und ihr öffentliches, argumentatives Austragen gehören zum normativen Wesenskern der Demokratie. Wenn dabei kein Konsens erzielt werden kann, fällt das Ergebnis letztlich eben per Mehrheitsabstimmung. Die Mehrheit hat nicht immer recht (oder ist gar weise), aber sie hat immer die Mehrheit. Hinter den Kulissen die Entscheidungen auszukungeln, passt eher zu einem autoritären System. China, Nordkorea, Iran und viele afrikanische Länder sind hierfür abschreckende Beispiele.

Aber die CDU hat offensichtlich schon länger ein Diskursproblem. Wie kann man es sonst erklären, dass die Mitglieder und Funktionäre über viele Jahre dabei zugesehen haben, wie Angela Merkel aus einer konservativen und marktwirtschaftlichen Partei (in die sie quasi per Zufall und Opportunismus geraten ist) eine sozialdemokratische macht, ohne dass ein inhaltlicher Streit losbricht? Viele waren zwar anderer Meinung, aber politisch zu feige, das auch öffentlich zu thematisieren. Das passt zwar zu einem Kanzlerwahlverein, aber nicht zu einer Partei.

Der Begriff Kanzlerwahlverein ist übrigens etwas umfassender zu verstehen und schließt das generelle Interesse aller Funktionäre an Ämtern und Posten ein. In der Politikwissenschaft wird analog zu Partei versus Kanzlerwahlverein unterschieden in „policy seeking“ versus „office seeking“. Das kann sich auf Parlamentssitze ebenso beziehen wie auf die Vorstands- und Aufsichtsratsposten in zahlreichen staatlichen Institutionen, die wegen des Legitimationsmonopols de facto von den Parteien besetzt werden, was für die betreffenden Institutionen und die Gesellschaft nur selten von Vorteil ist.¹

Die Parteien CDU und CSU existieren seit 76 Jahren, haben aber im Bundestag seit dessen Beginn 1949 keine eigenen Fraktionen, sondern eine gemeinsame Bundestagsfraktion. In all diesen Jahrzehnten haben sie es nicht geschafft, für die Bestimmung eines Kanzlerkandidaten eine formale Regelung zu beschließen. Genau dies ist jedoch der eigentliche Grund dafür, weshalb die Union in den letzten Wochen und Monaten ein so schlechtes Bild abgegeben hat, das der traditionellen bundesrepublikanischen Kanzlerpartei unwürdig ist. Insofern lautet das Urteil: Kanzlerwahlverein können sie auch nicht.

Wenn beide Parteien die Entscheidung verweigern und es ihren Vorsitzenden überlassen, unter sich den Kandidaten auszukaspern, ist das allein schon ein Armutszeugnis für die Parteien und ein Beleg für Schwäche, auch wenn man es mit wohlklingenden Vokabeln zu bemänteln versucht. Und es hat den persönlichen, asymmetrischen Konflikt vorprogrammiert. Ich selbst bin vorher davon ausgegangen, dass beide die Entscheidung für Laschet (mit Machtkompensationen für Söder, der als Jüngerer noch Zeit hat) schon im Februar getroffen haben, deren Verkündung aber aus wahlkampfaktischen Gründen bis nach Ostern aufgeschoben haben. Andernfalls hätte Söder viele CDU-Promis dazu bringen müssen, sich frühzeitig öffentlich für ihn zu positionieren, um den natürlichen Laschet-Vorteil zu kompensieren.

Markus Söder hat 2020 oft gesagt, „sein Platz sei in Bayern“. Das war immer eine Lüge, die nur deshalb nicht so ins Gewicht fiel, weil ihm das ohnehin niemand geglaubt hat. Markus

¹ Vgl. Kruse, Jörn (2021), Bürger an die Macht. Wie unsere Demokratie besser funktioniert, S. 80ff. und S. 100.

Söder war 2020 und davor auch für jeden potentiellen CDU-Vorsitzenden -- außer Friedrich Merz, weil er wusste, das er gegen den keine Chance haben würde. Am Sonntag, 11. April, sagte Söder, er würde Armin Laschet als Kandidaten akzeptieren, wenn der CDU-Vorstand das wolle. Am nächsten Tag hat dieser das genau so entschieden. Es wurde von Armin Laschet aber nicht als Ende des Kandidatenrennen öffentlich verkündet, weil er vermutlich Markus Söder die Chance zu einem gesichtswahrenden Rückzug lassen wollte.

Stattdessen sprach dieser vom CDU-Vorstand, einem Gremium mit mehr als 50 Personen, von denen die meisten erst wenige Monate zuvor von tausend Delegierten mit meistens über 80% der Stimmen gewählt worden waren, als einem „Hinterzimmer“. Dies führte aber nicht zu einer sofortigen „roten Karte“, sondern zu einer weiteren Woche Unions-Chaos mit Beschädigungen auf vielen Seiten. Erst eine weitere Vorstandsabstimmung mit klarer Mehrheit für Laschet und eine Ermahnung von Wolfgang Schäuble an Markus Söder, dass dieser deutlich überzogen habe, machte sie Sache klar. Mit einer anderen Entscheidung des CDU-Vorstandes hätte dieser sich selbst zur Lachnummer gemacht und vermutlich gravierende, negative Folgen für die Union nach sich gezogen.

Danach gab es negative Medienkommentare und viel Unmut unter CDU-Funktionären und – Mitgliedern. Aber die CDU-Meinungsäußerungen drehten sich fast nie um Politikinhalte, sondern immer nur um Wählerstimmen im September „Wieviele von uns kommen in den Bundestag“, also office seeking bzw. Postenwahlverein. Es ging auch keineswegs darum, wer der bessere Bundeskanzler gewesen wäre (interessiert die CDU-Funktionäre das nicht?), sondern nur um den vermeintlich besseren Wahlkämpfer. Dass Markus Söder als Rampensau im Wahlkampf taugt, kann man sich gut vorstellen -- jedenfalls dann, wenn man den Blick nur nach Süden richtet. Wie er in Hamburg, Hannover, Kiel und Rostock ankäme, wäre sehr wohl fraglich.

Söders Vorteile liegen ohnehin nicht in den Inhalten, sondern im Auftritt. Breitbeinig am Mikrophon stehen und einfache Botschaften („harter Lockdown!“) für jedermann verkünden, kann er ganz sicher. Ihn für einen echten Konservativen zu halten, wäre allerdings irreführend. Markus Söder würde alles vertreten, was opportunistisch ist und seinen Egozielen dient. Dazu gehört auch sein Dauerlob für den CDU- und Medienliebling Merkel. Seine Kompetenzdefizite bei den Sachthemen der Bundespolitik wären teilweise schon im Wahlkampf sichtbar geworden, ganz bestimmt aber danach im Kanzleramt, wenn er es denn erreicht hätte.

Söder selbst und viele CDU-Funktionäre, deren Ziele im September „on stake“ sind, haben mit den Umfragen argumentiert, die für Söder besser waren als für Laschet. Die Vorschläge, die Kreisvorsitzenden statt des Parteivorstands entscheiden zu lassen, waren Vehikel in diese Richtung. Es ist jedoch unakzeptabel, während eines bereits laufenden Verfahrens die Regeln zu ändern, weil man glaubt, dass die neuen Regeln eher zu dem Ergebnis führen, dass man gerne hätte. Ja eben, Kanzlerwahlverein können sie auch nicht.

Umfragen sind volatil und abhängig von Oberflächlichkeiten (z.B. „breitbeinig am Mikrophon einfache Botschaften verkünden“) und spezifischen Anreizstrukturen (auch Bürger, die Linke, Grüne oder AfD wählen, werden von den Demoskopien befragt). Wie sollen zufällig befragte Bürger beurteilen können, wer ein guter Unions-Bundeskanzler wäre. Nicht einmal die einfachen Parteimitglieder könnten das.

Es ist ein grundsätzliches Problem der Demokratie, dass man die Wahlen „von unten nach oben“ dringend braucht, um die normativen Elemente (also Wertvorstellungen, Ziele, Interessen) der Basis (Bürger, Mitglieder) nach oben zu den Entscheidungsträgern (Parlament,

Regierung, Vorstände) zu transportieren.² Bei der personellen Auswahl von Qualität, also kompetenten Handlungsträgern, haben die Mitglieder der Basis oft ein Beurteilungsproblem, wenn der Abstand von ihrem Erfahrungsraum zu groß ist. Da es in einer Demokratie zur „Wahl von unten“ keine Alternative gibt, reduziert sich das Dilemma auf die Frage des jeweils geeigneten demokratischen Elektors, also „Wer wählt jeweils die Entscheidungsträger?“ Das können Personen von der „Ebene direkt darunter“ in der Regel besser als die vielbeschworene Basis.

Wir haben aus guten Gründen ein repräsentatives Politiksystem. Da bei der Wahl zum Bundestag die allermeisten Wähler die Kompetenz und den Charakter einzelner Kandidaten nicht beurteilen können,³ ist eine Präselektionsebene der Parteien eingeführt worden. Das heißt, die Parteien entscheiden über die Direktkandidaten und die Landeslisten, die den Wählern angeboten werden. Dies rechtfertigt allerdings nicht, dass die Wähler nach dem deutschen Wahlrecht keinerlei Einfluss darauf haben, welcher Kandidat ihrer präferierten Partei ins Parlament gelangt.⁴

Die meisten Parteien verwenden das repräsentative Prinzip üblicherweise auch für die Besetzung der innerparteilichen Führungspositionen. Die SPD hat es für die Wahl der Parteivorsitzenden 2019 anders gemacht. Nach einem sehr aufwendigen Diskussions- und Wahlverfahren wurden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans direkt von den Mitgliedern gewählt. Das Verfahren war demokratisch und transparent in dem Sinne, dass jetzt jeder weiß, wo die SPD politisch steht, nämlich ganz weit links. Damit ist sie gleichzeitig ganz weit entfernt von den Positionen, die sie hatte, als sie noch bei den Wählern erfolgreich war und Bundesregierungen geführt hat. Aber ich kenne niemanden, der Saskia Esken intellektuell für geeignet hält, eine Partei wie die SPD zu führen. Man stelle sich vor, die Mitglieder hätten sie gleich zur Kanzlerkandidatin gewählt. Dann müsste die SPD vermutlich strampeln, um bei der Bundestagswahl noch 10% zu schaffen.

Ich persönlich war für Friedrich Merz, und zwar schon 2018 bei der Wahl zum CDU-Parteivorsitz. Dass die Delegierten auf dem Hamburger Parteitag dann mit Annegret Kramp-Karrenbauer eine Vorsitzende gewählt haben, die schon nach kurzer Zeit ihre Unfähigkeit für den Job (was jeder Politikbeobachter vorher hätte antizipieren können) bewiesen und das sogar selbst eingesehen hat, hat mich allerdings auch überrascht. Wieviele CDU-Delegierte von 2018 haben wohl inzwischen bereut, nicht Friedrich Merz gewählt zu haben? Denn mit Sicherheit hätte es das Chaos von 2021 nicht gegeben. Er hätte für die CDU wieder ihre konservativen und marktwirtschaftlichen Positionen sichtbar gemacht und die AfD halbiert. Und die Kanzlerkandidatur wäre klar gewesen. Oder kann sich jemand vorstellen, dass der Provinzpolitiker aus Nürnberg ein Kaliber wie Friedrich Merz herausgefordert hätte?

Ich war auch vor der Wahl zum Parteivorsitzenden im Januar 2021 für Friedrich Merz. Als dann Armin Laschet nach einer äußerst geschickten Bewerbungsrede gewählt wurde, habe ich ihn intensiv politisch beobachtet und er hat mir zunehmend besser gefallen. Was viele Journalisten etwas oberflächlich als „schwankend und zaudernd“ abgetan haben, habe ich als „abwägende, nachfragende und verantwortungsvolle Entscheidungsprozesse“ interpretiert. So gehört sich das in einer Pandemie, die viele Unsicherheiten enthält und bei der ein Politiker viele Fachgebiete einbeziehen und mehrere hochrelevante, heterogene Ziele und Interaktionen gegeneinander abwägen muss. Ein Haudrauf wie Markus Söder macht sich das natürlich

² Vgl. Kruse, Jörn (2021), a.a.O., S. 50ff.

³ Die meisten kennen nicht einmal den Namen der Kandidaten. Bei der Bundestagswahl 2005 konnten bei den beiden großen Parteien nur etwa 25 Prozent, bei den kleineren Parteien sogar nur etwa 10 Prozent der Wähler deren Namen richtig nennen. Vgl. Kruse (2021), a.a.O., S. 58.

⁴ Vgl. Kruse (2021), a.a.O., S. 148ff.

einfacher. Ist das der Grund, warum die Medien ihn so lieben? Ebenso wie Angela Merkel, die ebenfalls nicht das Abwägen, Lernen und Differenzieren praktiziert und noch die letzten Corona-Politikinnovationen (wie in Tübingen und Rostock) mit einem Pauschal-Lockdown plattmacht. Bald ist sie ja ohnehin weg, zum Glück. Warum die Bundesländer, die durch das Pauschalgesetz entmachteten wurden (obwohl die Infektionslage regional hoch differenziert ist), dem allerdings im Bundesrat zugestimmt haben, ist mir nicht klar geworden.

Was ich bei Armin Laschet's Verhalten nicht verstanden habe, ist Folgendes: Warum hat er nicht gleich nach der CDU-Wahl im Januar/Februar Friedrich Merz und andere Hochkaräter als Kernteam um sich versammelt, die vorläufige Eckpunkte eines Wahlprogramms formulieren, die dann vom CDU-Vorstand beschlossen worden wären. Dann hätte Markus Söder gar nicht erst die Chance gehabt, sich durch Trickereien ins Bild zu schieben und die Union zu beschädigen. Man hätte einige CSU-Anliegen ins gemeinsame Wahlprogramm übernommen und ihnen adäquate Posten versprochen (sowohl Partei als auch Wahlverein). That's it.

Inzwischen erweist sich Markus Söder, der auch in puncto Standfestigkeit und Taktik in Armin Laschet seinen Meister gefunden hat, als so schlechter Verlierer, dass es peinlich ist. Wenn ich Armin Laschet wäre und im September die Wahl gewönne, würde ich Markus Söder das Amt des Verteidigungsministers anbieten. Dann könnte er zeigen, ob er wirklich was drauf hat. Aber vermutlich würde er kneifen. Bayern ist ja auch ganz schön.

D7-5

Warum ist das Vertrauen in die Parteien so gering ?

Jörn Kruse

Das Demoskopische Institut Allensbach hat kürzlich im Auftrag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erneut das Vertrauen der Deutschen in verschiedene Institutionen ermittelt.⁵ Für die Parteien ist das Ergebnis erneut desaströs. Die Allensbach-Ergebnisse in der Tabelle zeigen, dass keine Institution so wenig Vertrauen genießt wie die Parteien. Auch die anderen Institutionen, die von den Parteien dominiert werden (Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung), erhalten vergleichsweise schlechte Bewertungen. Anders ist das nur für Institutionen, die nicht den Parteien unterliegen (in der Befragung Grundgesetz und Bundesverfassungsgericht).

Es entspricht in der Tendenz den Ergebnissen verschiedener Umfragen unterschiedlicher Befragungsinstitutionen in den vergangenen Jahren, in denen die Parteien und die Politiker in Deutschland ebenfalls durchweg schlecht abschneiden.⁶ In Anbetracht der Tatsache, dass die Parteien und ihre Politiker die politische Macht haben und praktisch alle politischen Entscheidungen treffen, wäre das ein verstörender Befund, wenn wir uns nicht längst daran gewöhnt hätten. Dennoch muss man die Frage stellen, warum das so ist und wie man das gegebenenfalls ändern könnte. Die nachfolgenden Erklärungen beruhen nicht auf empirischen Untersuchungen, sondern sind eher Hypothesen, die zur Diskussion einladen.

⁵ Umfrage des Demoskopischen Instituts Allensbach im Auftrag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, in: Petersen, Thomas (2021), Begrenzter europäischer Impfschaden, FAZ vom 21.4.2021, S.10.

⁶ Vgl. dazu eine Übersicht in Kruse, Jörn (2021), Bürger an die Macht. Wie unsere Demokratie besser funktioniert, Stuttgart, S. 65ff.

Wie viel Vertrauen haben Sie in diese Institutionen ? (in %)

sehr viel	ziemlich viel	Institution	wenig	überhaupt keines
45	42	Grundgesetz	10	3
36	45	Bundesverfassungsgericht	15	4
8	48	Bundestag	35	8
8	44	Bundesrat	40	6
6	44	Bundesregierung	39	11
3	18	EU-Kommission	53	25
0	21	Parteien	61	18

(1) Die Parteien haben die gesamte politische Macht im Staat. Trotz der Konkurrenz der Parteien untereinander haben sie ein kollektives Machtmonopol, das zudem noch durch hohe Zugangsbarrieren (5%-Sperrklausel) abgesichert ist. Viele Bürger finden das grenzwertig, ohne eine konkrete Alternative benennen zu können. Sie wären vermutlich noch viel kritischer, wenn sie wüssten, dass die personelle Basis der Parteien inzwischen sehr klein. In Deutschland sind nur noch ca. 1,5 % der Bevölkerung Mitglieder in einer Partei. Da von ihnen ca. 80 % passiv sind, entscheiden nur 0,3 % der Bevölkerung über die Programmatik und die Parlamentskandidaten aller Parteien. Mehr noch: Die eigentliche Macht hat nur eine kleine Funktionärselite der dominanten Parteien inne, die die Politische Klasse bilden.

(2) Politische Karrieren sind nicht fachkompetenz-dominiert wie in anderen Bereichen der Gesellschaft. Außerhalb der Politik erfolgen berufliche Aufstiege auf der Basis einschlägiger Ausbildungen vorrangig nach Kriterien wie Leistung und Befähigung. In der Politik geht es dagegen um ideologische Anschlussfähigkeit zu den eigenen Parteifreunden und um Networking.⁷ Deshalb haben viele Bürger den Eindruck, dass bei den Entscheidungen, für die eigentlich eine spezielle Fachkompetenz notwendig wäre, die Politiker nicht „die Richtigen“ sind. Es gibt in Deutschland auf den meisten Feldern in großer Zahl Fachleute, die für die staatlichen und politischen Entscheidungen weit sachkompetenter sind als die Parteipolitiker, die das tatsächlich erledigen.

(3) Parteipolitiker reden viel. Sie versprechen, kündigen an und erwarten (insbesondere von anderen), aber sie „liefern“ selten in akzeptabler Zeitspanne. Wenn das Versprochene nicht eintritt oder schiefeht, haben andere Schuld, vor allem Unternehmen, andere Parteien oder andere Länder. Deshalb glauben die Bürger den Versprechen der Parteipolitiker nicht mehr.⁸ Sie halten sie für „cheap talk“, ebenso wie die Zahnpastawerbung im Fernsehen.

(4) Mangelnde Nachhaltigkeit. Die Politiker und Parteien haben eine nur kurzfristige Anreizstruktur. Sie vernachlässigen längerfristige Ziele und Zusammenhänge, deren Bearbeitung kurzfristige „politische Kosten“ verursachen, in systematischer Weise.⁹ Beispiele sind die Investitionen in die Infrastrukturen, Demografie und Alterssicherung, Umweltschutz, Klima, die

⁷ Vgl. Kruse (2021), a.a.O., S. 50ff.

⁸ Vgl. Kruse (2021), a.a.O., S. 66, Fn 97

⁹ Vgl. Kruse (2021), a.a.O., S. 196ff

Höhe der Staatsverschuldung, Ordnungspolitik auf mikro- und makroökonomischen Feldern, Katastrophenschutz etc. Die Bürger sehen im Rückblick, was die Parteien gestern alles versäumt haben, obwohl sie die Problemlagen kannten oder von der Wissenschaft hätten erfahren können. Parteipolitiker interessieren sich für die nächsten Wähler, Staatsmänner/frauen jedoch für ihren Platz in den Geschichtsbüchern.

(5) Die Parteien drängen aufgrund ihres Legitimationsmonopols auch in diverse andere staatliche (und nicht-staatliche) Institutionen, bringen ihre Parteigänger dort in Führungspositionen und üben Einfluss aus, was fachlich oft kontraproduktiv ist. Die Parteipolitisierung anderer Institutionen und deren Besetzungsvorgänge schafft Unmut, weil es als fachlich inadäquat und karrieretechnisch als unfair bewertet wird. Die Kehrseite ist: Wenn Parteien in Fachinstitutionen Entscheidungen treffen, werden sie auch für deren Ergebnisse verantwortlich gemacht. Wenn die Fachinstitutionen stärker unabhängig wären und -- auf der Basis von normativen Vorgaben, die die Parlamente beschlossen haben -- entscheiden,¹⁰ könnte man professionell „bessere“ Lösungen erwarten.

(6) Die umfassende Macht der Parteien in der Gesellschaft führt zu ihrer Anreizdominanz für ihre Abgeordneten und Funktionäre. Für diese entscheidet ihre jeweilige Partei über praktisch alles (Karriere, Neben- und Anschluss-Jobs, soziale Absicherung etc.) und nicht etwa die Wähler.¹¹ Es lohnt sich damit unter Karrieregesichtspunkten also, sich als „Parteimarionette“ zu verhalten und immer die Parteimeinung zu vertreten. Dies beschädigt jedoch den demokratischen Diskurs in der Gesellschaft ganz erheblich.

(7) Die Macht der Parteien können die Bürger de facto auch nicht abwählen. Andere Wahlergebnisse oder gar Stimmenthaltung aus Protest gegen die gegenwärtigen Parteien führen nur zu mehr Macht für andere oder neue Parteien (Protestparteien). Einige neue Parteien treten als „Bewegung“ gegen die etablierten Parteien oder gar das ganze etablierte politische System der Mächtigen in Erscheinung. Nach einiger Zeit nehmen sie jedoch die gleichen Verhaltensweisen an, wie man sie von den bisherigen Parteien kennt.¹²

Da eine Revolution als Alternative wegen der historischen Erfahrungen (z.B. französische und russische Revolution) nicht in Betracht kommt, bleibt nur eine rationale Reform der Demokratie.¹³ Eine solche benötigt jedoch die Einsicht der Parteien. Das heißt, es erfordert die Zustimmung der Parteien, deren Macht man begrenzen will. Deshalb sind die Parteien durch Umfragen wie jetzt von Allensbach oder seit Jahren in vielen anderen Publikationen auch nicht beunruhigt, wie das bei einem Unternehmen mit schlechtem Image der Fall wäre. Keiner kann ihnen. Ein Ökonom würde sagen, es handele sich um ein vollständig resistentes Kollektivmonopol.

¹⁰ Vgl. Kruse (2021), a.a.O., S. 187ff.

¹¹ Vgl. Kruse (2021), a.a.O., S. 53ff.

¹² Das konnte man zum Beispiel bei den Grünen beobachten, die vor 40 Jahren „ganz anders“ waren als die etablierten Parteien und gegen das System revoltiert haben. Heute sind sie eine ganz normale Partei und zeigen die gleichen Verhaltensweisen wie andere Parteien. Das Gleiche wird mit der AfD passieren, falls sie überhaupt so lange auf dem „Wählermarkt“ überlebt.

¹³ Vgl. die Demokratische Reformkonzeption in Kruse (2021), a.a.O.